



Inhalt

1.	Zypernfrage.....	2
2.	Gasvorkommen.....	2
3.	Griechische Zyprioten.....	3
	Wirtschaftliche Entwicklungen.....	3
	Innenpolitische Entwicklungen - Wahlen.....	5
4.	Türkische Zyprioten.....	7
	Wirtschaftliche Entwicklungen.....	7
	Innenpolitische Entwicklungen.....	8
5.	FES Zypern Veranstaltungen.....	9

1. Zypernfrage

Im Februar wurde zwischen dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (United Nations Development Programme – UNDP) und der Orthodoxen Kirche Zyperns sowie der Türkisch-Zypriotischen Religionsstiftung (EVKAF) eine Vereinbarung über den Beginn der Restaurierungsarbeiten am Kloster Apostolos Andreas auf der Karpasia Halbinsel getroffen.

Der Beginn der Restaurierungsarbeiten hatte sich um Jahre verzögert, da man sich nicht über die Pläne einigen konnte. Die Bedenken von Erzbischof Chrysostomos, was die Finanzierung und die Bauleitung angeht, konnten jedoch durch die Vereinbarungen mit UNDP und EVKAF ausgeräumt werden.

Das Kloster soll in drei Phasen restauriert werden. Die Kosten der ersten Phase betragen 2,5 Millionen Euro, während die Gesamtkosten auf 6 Millionen Euro veranschlagt werden. Sobald die Finanzierung der ersten Phase gesichert ist, sollen internationale Angebote eingeholt werden. Die USA und die Orthodoxe Kirche Zyperns wollen sich an der Finanzierung des Projekts beteiligen.

Die Vertragsunterzeichnung kann als wichtiger Durchbruch gewertet werden und ist der Arbeit des technischen Komitees für kulturelles Erbe zu verdanken, das sich aus griechischen und türkischen Zyprioten zusammensetzt. Das Komitee hat bis jetzt kleinere Arbeiten an 15 Denkmälern auf der ganzen Insel vereinbart und beaufsichtigt und leitet zur Zeit die Arbeiten bei

sechs weiteren Restaurationen an Kirchen und Moscheen auf beiden Seiten der Grünen Linie.

2. Gasvorkommen

Im Januar hatten 14 Unternehmen Ausschreibungsunterlagen von der Gasgesellschaft DEFA (Natural Gas Company) erhalten. Bis die Insel ihr eigenes Gas fördern und an Land bringen kann, sollen die Unternehmen begrenzte Mengen Gas zur Energieversorgung liefern. Bis zum Abgabetermin am 4. Februar erhielt die DEFA acht Angebote. Die Lieferungen sollen spätestens 2015 beginnen und nicht länger als bis September 2018 andauern. Einzelheiten der Angebote wurden auf Grund einer Geheimhaltungsklausel nicht veröffentlicht.

Im Rahmen einer zweiten Lizenzvergaberunde wurde am 6. Februar eine Vereinbarung mit dem französischen Energieriesen Total über Erkundung und Förderung von Erdgas und Erdöl in den Blöcken 10 und 11 unterzeichnet. Bereits im Januar hatte die Republik Zypern ein Abkommen mit einem Konsortium bestehend aus ENI (Italien) und KOGAS (Südkorea) für die Blöcke 2, 3 und 9 abgeschlossen. Zypern wird für diesen neuen Deal einen Unterschriftenbonus von 24 Millionen Euro erhalten. Total will 2014 mit den Probebohrungen beginnen. Zypern hat Angebote für weitere fünf seiner 13 Blöcke.

Nikosia unterzeichnete am 11. Februar eine Vereinbarung mit Noble Energy, mit der 30% der Erkundungsrechte von Noble in Block 12 an die israelische Firmen Avner Oil & Gas und Delek Drilling abgegeben wurden. Diese Entscheidung wurde eine Woche zuvor von dem zyprio-

tischen Kabinett genehmigt. Das Konsortium von Noble, Delek und Avner besitzt die Anteilsmehrheit der Bohrrechte an dem israelischen Gasfeld Leviathan. Die Vereinbarung wird als wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer strategischen Partnerschaft auf politischer und wirtschaftlicher Ebene zwischen Zypern und Israel betrachtet. Zypern hat die Absicht, die Zusammenarbeit mit Israel zu vertiefen und hofft, mit Hilfe eines eigenen Flüssiggas-terminals sowohl zypriotisches als auch israelisches Gas nach Europa und an internationale Märkte liefern zu können. Der Bau des Terminals soll in der zweiten Jahreshälfte 2014 begonnen werden. Der Terminal soll spätestens 2019 in Betrieb genommen werden. Es gibt jedoch ernsthafte Bedenken in Bezug auf die Kosten und Wirtschaftlichkeit eines Flüssiggas-terminals. Die Kosten einer Verflüssigungsanlage sind beträchtlich höher als die einer Pipeline durch die Türkei. Man muss auch davon ausgehen, dass eine Verflüssigungsanlage an Land erst in einigen Jahren in Betrieb genommen werden kann. Eine schwimmende Anlage wäre noch teurer (ungefähr 30%).

Nikosia geht davon aus, dass Noble die Bohrungen in Block 12 bis Oktober wieder aufnehmen wird. Die Probebohrungen sollen dazu dienen, den wirtschaftlichen Wert der geschätzten Gasvorkommen zu bestimmen.

In der Zwischenzeit zeigten türkische Unternehmen Interesse am Kauf israelischen Gases aus dem Leviathan Feld, während gleichzeitig das türkische Konglomerat Zorlu Group versucht, Israel zu Gaslieferungen an die Türkei zu bewegen. Zorlu plant den Bau einer Pipeline zwi-

schen dem Leviathan Feld und der türkischen Südküste. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit Israels und Zyperns würde, türkischen Vertretern zufolge, diesen Plänen jedoch im Wege stehen. Andererseits berichtete die israelische Zeitung Haaretz, dass eine Pipeline zwischen Israel und der Türkei durch Zyperns Exklusive Wirtschaftszone verlaufen würde.

Das staatliche Gasunternehmen KRETYK lehnte den Vorschlag der aus Dubai stammenden Royal Investment Bank ab, Gas im Voraus zu kaufen. Ein derartiger Deal war als Alternative zu Krediten aus dem EU-Rettungsschirm vom gescheiterten Präsidentschaftskandidaten Giorgos Lillikas ins Spiel gebracht worden.

3. Griechische Zyprioten

Wirtschaftliche Entwicklungen

Auch im Februar kam es zu keiner Einigung über die dringend benötigten Hilfgelder, um den drohenden Staatsbankrott der Insel abzuwenden. Das lag einerseits daran, dass auf Grund der Präsidentschaftswahlen im Februar Zyperns Rettungspaket nicht weiter verhandelt werden konnte. Andererseits konnten sich die EU Staaten aber auch nicht darüber einigen, ob Zypern ein Zentrum für Geldwäsche sei oder nicht. Daher muss sich das Land wohl einer externen Prüfung unterziehen, die diese Frage klären soll. Hinzu kamen Zweifel, ob die Rückzahlung der benötigten Hilfgelder die finanzielle Belastbarkeit der Insel übersteigt und die vom deutschen Finanzminister Schäuble geäußerte Ansicht, dass die Insel nicht systemrelevant sei und

daher nicht unbedingt vor dem Bankrott gerettet werden müsse. Zudem besteht das Risiko, dass die Anleger zur Entschuldung im Rahmen der Umstrukturierung des Bankensystems über einen Schuldenschnitt teilweise herangezogen werden könnten. Die Aufmerksamkeit ist nun auf das Eurogruppen Treffen Anfang März gerichtet, an dem frühestens die Zypernhilfe diskutiert werden kann.

Die mit der Prüfung des Finanzbedarfs der zypriotischen Banken beauftragte Firma Pimco geht davon aus, dass Zypern im schlimmsten Fall 10,1 Milliarden Euro zur Rekapitalisierung benötigt, was zu einer untragbaren Schuldenlast führen würde. Obwohl die Zahlen noch nicht offiziell sind, wurde Kritik an der von der Firma angewandten Methode zur Schuldenberechnung und den Angaben des Lenkungsausschusses geäußert. Der Hauptkritikpunkt ist, dass den Berechnungen ein Worst-Case Szenarium zu Grunde liegt und die Zahlen dementsprechend zu hoch seien. Die endgültigen Zahlen und Ergebnisse des Berichts werden aber erst bei der Darlehensunterzeichnung veröffentlicht werden.

Am 11. Februar lehnte die scheidende Regierung einen Vorschlag von Eurogruppen Chef Jeroen Dijsselbloem ab, eine private Firma mit der Prüfung der Geldwäschevorwürfe bei den zypriotischen Banken zu beauftragen. Die Regierung will die Kontendaten der ausländischen Investoren schützen und schlug stattdessen vor, ein Prüfungsteam aus Vertretern von IWF (Internationaler Währungsfond) oder Moneyval (Anti-Geldwäsche-Komitee des Europarates) oder der FATF (Task Force "Finanzielle Maßnah-

men gegen Geldwäsche") zu beauftragen. Zwischenzeitlich berichtete die Financial Times über einen Vorschlag, Investoren und Anleger in die Bankenrettung einzubeziehen, um dadurch möglicherweise die benötigten Beträge zur Rettung zu reduzieren. Die Ratingagentur Moody's warnte jedoch vor den Folgen, die solch ein Schritt für die europäischen Banken haben könnte. Der neu gewählte Präsident, Nicos Anastasiades, ist ebenfalls gegen eine Lösung, bei der Anleger Verluste erleiden müssten. Stattdessen kündigte er seine Bereitschaft an, die Privatisierung von staatlichen Vermögenswerten zu prüfen. Anastasiades sagte, dass er über Brückenkredite verhandle, um die Zahlungsfähigkeit des Staates bis zu einer möglichen Rettung zu gewährleisten. Generell gilt, dass Anastasiades Wahl sehr wahrscheinlich zu verbesserten Beziehungen zwischen Zypern und der EU führen wird und die Chancen für ein Abkommen erhöht hat.

Bei einem Treffen am 15. Februar mit dem Zentralbankpräsidenten Panikos Demetriades versicherte der russische Finanzminister Anton Siluanov, dass Russland bereit sei, zu einer Lösung der Finanzprobleme Zyperns innerhalb eines ausgehandelten Lösungspakets beizutragen. Demetriades war auch in London, wo er versuchte mögliche Investoren für eine Beteiligung an zypriotischen Banken zu gewinnen.

In ihrer Konjunkturprognose, sagte die Europäische Kommission voraus, dass die Wirtschaft auf Zypern um 3.5% schrumpfen werde, während sich die Arbeitslosenzahlen weiter erhöhen und von durchschnittlich 13.7% im Jahr 2013 auf 14.2% im Jahr 2014 ansteigen

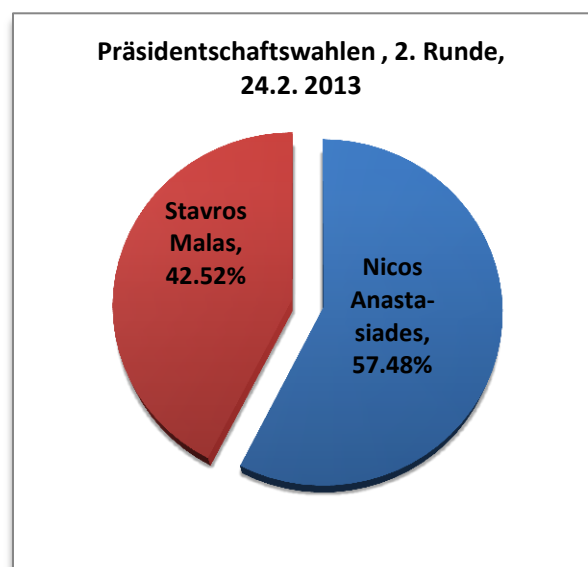
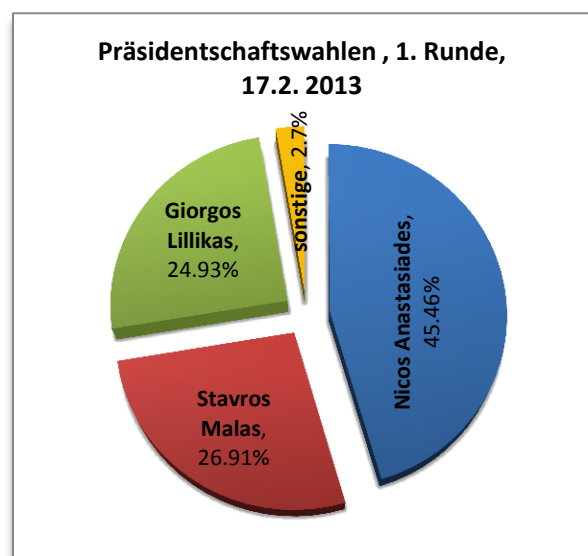
würden. Die Arbeitslosenrate lag im Dezember bei 14.7%. Standard & Poors betonte das beträchtliche und zunehmende Risiko einer Zahlungsunfähigkeit für Zypern, falls eine Rettung nicht rasch erfolge.

Innenpolitische Entwicklungen - Wahlen

Der Februar wurde von den Präsidentschaftswahlen bestimmt. Die wichtigsten Kandidaten Nicos Anastasiades (DISY), Giorgos Lillikas (nominell unabhängig, aber von der EDEK unterstützt) und Stavros Malas (nominell unabhängig, aber von der AKEL unterstützt), lieferten sich bis zum Ende verbale Scharmützel. Durch die drohende Zahlungsunfähigkeit Zyperns stand die Wirtschaft während des Wahlkampfes im Vordergrund. Obwohl das sonst alles dominierende Zypernproblem an die zweite Stelle rückte, blieb es dennoch von Wichtigkeit, da besonders Anastasiades und Lillikas diametral gegensätzliche Positionen in dieser Frage haben. Anastasiades war ursprünglich ein Befürworter des Annan Plans von 2004, musste aber seine Haltung mäßigen, um DIKOs Unterstützung im Wahlkampf zu bekommen und spricht sich für eine lose Föderation aus. Lillikas hingegen ist gegen jedwede föderale Lösung, während Malas eine Föderation mit einer starken Zentralregierung befürwortete.

Im ersten Wahlgang am 17. Februar sicherte sich Anastasiades 45.46% der Wählerstimmen, Malas gewann 26.91% und Lillikas 24.93%. Folglich standen sich Anastasiades und Malas im zweiten Wahlgang am 24. Februar gegenüber, in dem Anastasiades schließlich 57.48% und Malas 42.52% der Stimmen erhielten. Die hohe

Zahl von Enthaltungen (18.42%) und ungültigen Stimmen (7.36%) sind bemerkenswert. Ein Grund dafür könnte die Weigerung der Parteiführung von EDEK und Lillikas gewesen sein, eine Wahlempfehlung für den zweiten Wahlgang zu geben sowie die Tatsache, dass für eine große Zahl von Wählern keiner der beiden Kandidaten wählbar war.



Der Grund dafür, warum Anastasiades dennoch das zweithöchste Ergebnis bei Präsidentschaftswahlen in der Geschichte Zyperns erreichte, mag darin liegen, dass die Mehrheit der Bevölkerung in seiner Wahl die größten Chancen auf einen erfolgreichen Abschluss der Verhandlungen zur finanziellen Rettung Zyperns sieht, da er als pro-europäisch gilt und gute Beziehungen zu konservativen Politikern in Europa unterhält. Zudem gilt Anastasiades als pragmatisch und zupackend. Malas wurde zu sehr mit der scheidenden AKEL Regierung unter Präsident Christofias identifiziert, dessen Regierungszeit ausgesprochen negativ beurteilt wurde.

Um die Finanzkrise unter Kontrolle zu bringen, machte Anastasiades Michalis Sarris zum Finanzminister. Zudem wurde Christopher Pissarides, der 2010 den Nobel Preis für Wirtschaft erhielt, zum Leiter eines wirtschaftspolitischen Ausschusses mit beratender Funktion ernannt, der direkt dem Präsidenten untersteht. In dem rein männlich besetzten Kabinett ist Ionannis Kassoulides (DISY), der schon in der Clerides Regierung von 1997–2003 Außenminister war, wiederum für dieses Resort verantwortlich. Sokratis Hasikos (DISY), der unter Präsident Clerides von 1999 bis 2003 Verteidigungsminister war, ist der neue Innenminister, während Fotis Fotiou (DIKO) als Verteidigungsminister und Haris Georgiades (DISY) als Arbeitsminister dienen. Im Ganzen gingen 11 Ministerien an DISY, vier an DIKO und ein Ministerium an EVROKO. EDEK ist in dem neuen Kabinett nicht vertreten, da die Partei sich weigerte, in die Regierung einzutreten.

Angesichts der Verhandlungen über Hilfgelder was die Wahl des Finanzministers die wichtigste Personalie im neuen Kabinett. Sarris ist unabhängig, diente aber bereits von 2005 bis 2008 unter dem früheren Präsidenten Tassos Papadopoulos als Finanzminister. Während seiner Amtszeit wurde der Euro eingeführt und er war für das Sparprogramm verantwortlich, das das Haushaltsdefizit von 6.3% im Jahr 2003 in einen Haushaltsüberschuss von 1.2% im Jahr 2008 verwandelte. Sarris begann seine Karriere 1975 bei der Weltbank, wo er auch im Bereich der Strukturanpassungsprogramme tätig war. In jüngerer Zeit arbeitete er an einer Reform der Cyprus Popular Bank, um sie für das Rettungspaket der Troika vorzubereiten.

Die Tatsache, dass keine Frau im neuen Kabinett vertreten ist, wurde u.a. von dem Mediterranean Institute for Gender Studies (MIGS) und AKEL als anachronistisch bezeichnet. Frauen seien von wichtigen Entscheidungsprozessen ausgeschlossen.

Die Mitglieder des neuen Kabinetts sind:

- Ioannis Kasoulides (DISY), Außenminister
- Michalis Sarris (unabhängig), Finanzminister
- Sokratis Hasikos (DISY), Innenminister
- Fotis Fotiou (DIKO), Verteidigungsminister
- Kyriakos Kenevezos (DIKO), Bildungsminister
- Tasos Mitsopoulos (DISY), Kommunikationsminister
- Giorgos Lakkotrypis (DIKO), Wirtschaftsminister
- Nicos Kouyialis (EVROKO), Landwirtschaftsminister
- Haris Georgiades (DISY), Arbeitsminister

- Ionas Nicolaou (DISY), Justizminister
- Petros Petrides (DIKO), Gesundheitsminister
- Christos Stylianides (DISY), Regierungssprecher, Constantinos Petrides (DISY), Unterstaatssekretär des Präsidenten, Katy Clerides (DISY), Präsidentschaftskommissarin, Ioanna Panayiotou (Grüne), Umweltkommissarin, Emanuella Moushioutta Lambrianidou (unabhängig), Kommissarin für die Reform des Staatsdienstes und Panayiotis Antoniou (DISY), Leiter des Präsidialbüros

Die Gerichtsverhandlung von Hossam Taleb Yaacoub, eines 24jährigen mit doppelter libanesisch-schwedischer Staatsbürgerschaft könnte weitreichende Konsequenzen haben bei der Frage, ob Hisbollah als terroristische Vereinigung in einigen europäischen Ländern wie Deutschland, Frankreich und Schweden eingestuft werden soll. Yaacoub wurde am 7. Juli 2012 nach einem Hinweis des israelischen Geheimdienstes Mossad festgenommen. Yaacoub's Eingeständnis vor Gericht, ein Hisbollah Mitglied zu sein, könnte als wichtiger Beweis dienen, um der Organisation terroristische Aktivitäten außerhalb Israels nachzuweisen. Yaacoub's erledigte auf Zypern Kurierdienste für die Hisbollah und kundschaftete Orte auf Zypern aus, die von israelischen Touristen frequentiert werden, wie beispielsweise das Krankenhaus in Limassol. Er wird aber auch in Zusammenhang mit dem Bombenattentat auf einen Bus mit israelischen Touristen in Burgas, Bulgarien, gebracht. Ein Urteil wird Mitte März erwartet.

4. Türkische Zyprioten

Wirtschaftliche Entwicklungen

Im Februar berichteten die Medien über Fortschritte bei dem Bau der Wasserpipeline, das sogenannte `Jahrhundertprojekt`. Im Süden der Türkei wird zur Zeit der Alakopru Staudamm gebaut mit einem Volumen von 130 Millionen Kubikmetern Wasser, das über eine Entfernung von 80 km in den Norden Zyperns mit Hilfe einer ultra-modernen Unterwasserpipeline transportiert werden soll. Um das Engagement der Türkei zur rechtzeitigen Fertigstellung zu unterstreichen, wurde bekannt gegeben, dass die Einweihungszeremonie am 7. März 2014 um 13.00 Uhr stattfinden soll.

Zwischenzeitlich wurden im Norden weitere Infrastrukturprojekte wie z.B. Straßen eingeweiht. Der türkische Minister für Zypern und der Transportminister besuchten die Insel Mitte Februar, nur eine Woche vor dem zweiten Wahlgang des Parteikongresses der regierenden National Unity Party (UBP). Dies gab Anlass zu Spekulationen, dass sich die Türkei in innenpolitische Angelegenheiten der türkischen Zyprioten einmischt, indem sie den amtierenden Premierminister, Irsen Kucuk, offen unterstützt. Der wiederum scheint davon zu profitieren, dass er mit dem Bau neuer Straßen und Infrastrukturprojekte in der `Türkischen Republik Nordzypern` in Zusammenhang gebracht wird.

Die Produzenten von türkisch-zypriotischem Halloumi Käse (oder Hellim auf Türkisch) übergab dem beratenden Ausschuss des Landwirt-

schaftsministeriums der Republik Zypern einen formalen Widerspruch vor in Bezug auf die Patentierung des Käses. Die Republik Zypern plant, die türkische Schreibweise in die offizielle Bezeichnung des Käses aufzunehmen, was, so die Regierung, auch den türkisch-zyprischen Käseproduzenten zugute käme. Die türkisch-zyprischen Produzenten hielten dagegen, dass die Hygiene- und Qualitätsprüfungen im türkisch-zyprischen Norden nicht von Gesundheitsinspektoren der Republik Zypern durchgeführt werden könnten. Daher sollten die Prüfungen von Inspektoren der türkisch-zyprischen Handelskammer vorgenommen werden. Diese seien schon durch eine entsprechende Regulierung (*Green Line Regulation*) der EU autorisiert worden, den Handel zwischen den beiden Bevölkerungsgruppen über die de-facto bestehende Grenze zu kontrollieren.

Die *Green Line Regulation* wurde im Februar auf den Export von türkisch-zyprischen Honig ausgeweitet. Diese Entwicklung fand vor dem Hintergrund der verbesserten Beziehungen zwischen der EU und der Türkei statt. Direkte Kontakte zwischen der Türkei und der EU waren (auf hoher Ebene) während der zyprischen EU-Ratspräsidentschaft in der zweiten Hälfte 2012 ausgesetzt worden waren. Mitte Februar kündigte Frankreich seine Bereitschaft an, während der irischen Ratspräsidentschaft die Verhandlungen über Kapitel 22 mit der Türkei aufzunehmen. Dieses Kapitel beinhaltet den Themenbereich "Regionalpolitik und Koordination strukturpolitischer Instrumente". Vertreter der Europäischen Kommission nannten dies eine positive Entwicklung, die trotz der mit der zyprischen Ratspräsidentschaft verbundenen

Probleme eine `positive Agenda` fortführe. Trotzdem sind weiter mehrere wichtige Kapitel blockiert und bleiben in einigen Fragen eng mit den Entwicklungen in der Zypernfrage verknüpft.

Innenpolitische Entwicklungen

Das wichtigste politische Ereignis war der zweite Wahlgang für das Amt des Parteivorsitzenden während des Parteitages der regierenden National Unity Party (UBP). Im Januar hatte der Oberste Gerichtshof einen zweiten Wahlgang angeordnet und somit die Verfügung des Bezirksgerichts von Nikosia bestätigt. Das Gericht befand, dass Parteistatuten eine Mehrheit bei der Wahl des Vorsitzenden verlangten und dass diese Bedingungen bei der ersten Wahl am 21. Oktober 2012 nicht eingehalten worden waren.

Der zweite Wahlgang wurde am 24. Februar abgehalten. Er endete mit einem knappen Sieg für Premierminister Irsen Küçük. 708 Delegierte stimmten für Küçük, 701 für seinen Rivalen, Ahmet Kasif. Insgesamt waren 1427 Delegierte für die Wahl registriert. Sechs Stimmen waren ungültig, während es 15 Enthaltungen gab. Kasif nahm seine Niederlage an und die über Monate anhaltende Krise innerhalb der Partei ist somit möglicherweise beendet. Das knappe Ergebnis zeigt jedoch, dass die Spaltung in der Partei immer noch besteht und sich auf die bevorstehenden Parlamentswahlen 2014 auswirken könnte. Kommentare von Seiten der Regierung lassen vermuten, dass die Position des Verhandlungsführers von President Eroglu bei den von der UN unterstützten Gesprächen

in der Zypernfrage geschwächt ist, obwohl in der Vergangenheit die vom Volk gewählten Präsidenten immer als Volksgruppenvertreter der türkischen Zyprioten angesehen wurden. Während darüber spekuliert wurde, ob die Regierung Eroğlu marginalisieren wolle, bot Premierminister Küçük eine technische Erklärung: Man wolle mit der griechisch-zypriotischen Seite gleichziehen, da Anastasiades vorgeschlagen habe, nicht selbst als Verhandlungsführer aufzutreten, sondern einen Vertreter zu schicken. Dadurch würden die Verhandlungen herabgestuft.

Das Parlament verabschiedete ein Gesetz, um die Bürgermeisterwahlen für Besetzung der vakanten Stelle in der Kommune von Lefkosa (Lefkosa Turkish Municipality – LTB) zu beschleunigen. Die Wahl wurde demnach auf den 7. April angesetzt. Die UBP Mitglieder des Stadtrates traten jedoch nicht von ihren Posten zurück, womit nur die übrigen Sitze für eine Wahl offenstehen. Die Democratic Party (DP) und ihr Vorsitzender Serdar Denктаş präsentierten recht schnell mit dem populären Mustafa Arabcioğlu ihren Kandidaten. Die DP hoffte, dass die türkischen Zyprioten mit ihrer Gewohnheit, in den Kommunalwahlen stets für den Kandidaten der regierenden Partei zu stimmen, brechen werden, da die UBP für das Missmanagement und die Zahlungsunfähigkeit der größten Kommune verantwortlich gemacht wird. Die anderen Kandidaten sind Kadri Fellahoğlu von der Republican Turkish Party (CTP-BG) und Suphi Hüdaoğlu von der Communal Democracy Party (TDP). Die beiden mittel-links Parteien konnten sich nicht auf einen gemeinsamen Kandidaten einigen. Die UBP

konnte ihren Kandidaten erst nach dem Parteitag vom 24. Februar aufstellen. Hasan Sertoğlu, der eine Woche zuvor Spekulationen verneinte, dass er der Kandidat der UBP sei, kündigte am 26. Februar an, sich zur Wahl zu stellen.

Mit der Aussicht auf die Wahl von Nicos Anastasiades zum Präsidenten der Republik Zypern und damit auch auf eine neue Runde in den Verhandlungen, wiederholte der türkisch-zypriotischen Präsident Derviş Eroğlu seine Grundbedingung, dass es bei den Gesprächen einen Zeitrahmen geben müsse. Der türkische Premierminister Tayyip Erdoğan wiederholte die Position der Türkei die Republik Zypern nicht anzuerkennen, da `es keinen Staat namens Zypern gibt`.

5. FES Zypern Veranstaltungen

16. März 2013, 9.00-13.00

Goethe Institut/AHDR/FES

Vorträge und Workshop:

Geschichte Erinnern in Deutschland

Beiträge von Uwe Bader, (KZ-Gedenkstätte Osthofen) und Magdalena Scharf Referentin für Regionalarbeit Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V.

Home for Cooperation H4C, UN Pufferzone, Nikosia, Zypern
Öffentliche Veranstaltung



21.-22. März 2013

AHDR / FES

Dokumentarfilm mit anschließender Diskussion
mit den Regisseuren Nefin Dinc and Hercules
Millas: **The Other Town**

21. März 2013, 19 Uhr

Filmvorführung mit Diskussion
Der Dokumentarfilm beschäftigt sich mit der
gegenseitigen Wahrnehmung von Griechen und
Türken in Griechenland und der Türkei und
nationalistischen Vorurteilen in beiden Ländern

Home for Cooperation H4C, UN Pufferzone,
Nikosia, Zypern
Öffentliche Veranstaltung

22. März 2013, 17 Uhr

Vortrag von Nevin Dinc: "How to Transform the
Images of the "Other" in Education"

Home for Cooperation H4C, UN Pufferzone,
Nikosia, Zypern
Öffentliche Veranstaltung

**26.-28. April 2013**

CAD / AHDR / FES

Conference and workshop
Cyprus Peace Process: Alternative Approaches
Nikosia/Troodos, Zypern

Nicht-Öffentliche Veranstaltung

Impressum:**Friedrich Ebert Stiftung (FES)**

Büro Zypern
Stasandrou Str. 20, Apt. 401
CY 1060 Nicosia

Tel. +357 22 377 336

Email: fescyprus@cytanet.com.cy

Text:

Hubert Faustmann, Erol Kaymak, Yiannis
Charalambous und Ute Ackermann Boeros

Übersetzung:

Ute Ackermann Boeros und Hubert Faustmann

Layout:

Christiane Paparoditi

Wenn Sie diesen (kostenlosen) Newsletter
abonnieren oder abbestellen möchten, senden Sie
bitte eine E-mail an:

Christiane Paparoditi fespaparoditi@gmail.com